

daß Deutschland dennoch eine lichte Zukunft hat. Gott sei mit unserem Vaterlande und unserem Kaiserhause. Darauf ist die folgende Antwort eingegangen: Herzfreunden sind mir die Grüße der christlich-nationalen Heimatsbeterinnen. Ich danke Ihnen allen für dieses in schwerster Zeit dargebrachte Treugelübnis, aus dem Kraft, Zuversicht und Gottvertrauen spricht. Die deutsche Frau, die sich so bekennet, ist unseren tapferen Streitern bester Rückhalt. Gott muß weiter helfen. Auguste Victoria.

Eine unabhängige sozialdemokratische Tageszeitung in Berlin? Wie die Leipziger Volkszeitung" mitteilt, hat die Unabhängige Sozialdemokratie an den Reichstanzler das Ersuchen um Genehmigung zur Herausgabe einer täglichen Zeitung in Berlin gerichtet.

## Oesterreichs Umwandlung in einen Staatenbund.

Ein Manifest Kaiser Karls.

Eine Sonderausgabe der „Wiener Zeitung“ veröffentlicht folgendes Allerhöchste Manifest:

In meine getreuen Oesterreichischen Völker! Seitdem ich den Thron bestiegen habe, ist es mein untweges Bestreben, allen meinen Völkern den ersehnten Frieden zu erringen sowie den Völkern Oesterreichs die Bahnen zu weisen, auf denen sie die Kraft ihres Volkstums, unbehindert durch Hemmnisse und Reibungen, zur segensreichen Entfaltung bringen und für ihre geistige und wirtschaftliche Wohlfahrt erfolgreich verwerten können.

Das furchtbare Ringen des Weltkrieges hat das Friedenswerk bisher gehemmt. Selbennut und Treue, opferwilliges Ertragen von Not und Entbehrungen haben in dieser schweren Zeit das Vaterland ruhmvoll verteidigt. Die harten Opfer des Krieges müssen uns den ehrenvollen Frieden sichern, an dessen Schwelle wir heute mit Gottes Hilfe stehen.

Nunmehr muß ohne Stumms der Neuaufbau des Vaterlandes auf seinen natürlichen und daher zuverlässigsten Grundlagen in Angriff genommen werden. Die Wünsche der Oesterreichischen Völker sind hierbei sorgfältig miteinander in Einklang zu bringen und der Erfüllung zuzuführen. Ich bin entschlossen, dieses Werk unter freier Mitwirkung meiner Völker im Geiste jener Grundzüge durchzuführen, welche sich die verbündeten Monarchen in ihrem Friedensangebot zu eigen gemacht haben. Oesterreich soll dem Willen seiner Völker gemäß zu einem Bundesstaate werden, in welchem jeder Volkstamm auf seinem Siedlungsgebiete sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet. Der Vereinigung der polnischen Gebiete Oesterreichs mit dem unabhängigen polnischen Staate wird hierdurch in keiner Weise vorgegriffen. Die Stadt Triest samt ihrem Gebiete erhält dem Wunsche ihrer Bevölkerung entsprechend eine Sonderstellung. Diese Neuregelung, durch welche die Integrität der Länder der ungarischen heiligen Krone in keiner Weise berührt wird, soll jedem nationalen Einzelstaate seine Selbständigkeit gewährleisten, sie wird aber auch gemeinsame Interessen wirksam schützen und überall dort zur Geltung bringen, wo die Gemeinamkeit ein Lebensbedürfnis der einzelnen Staatswesen ist. Insbesondere wird die Vereinigung aller Kräfte geboten sein, um die großen Aufgaben, welche sich aus den Rückwirkungen des Krieges ergeben, nach Recht und Billigkeit erfolgreich zu lösen.

Wie diese Umgestaltung auf gefälligem Wege vollendet ist, bleiben die bestehenden Einrichtungen zur Wahrung der allgemeinen Interessen unverändert aufrecht. Meine Regierung ist beauftragt, zum Neuaufbau Oesterreichs ohne Verzug alle Arbeiten vorzubereiten. An die Völker, auf deren Selbstbestimmungsrecht das neue Reich sich gründen wird, ergeht mein Aufruf, an dem großen Werke durch Nattonalität mitzuwirken, die, gebildet aus den Reichsratsabgeordneten jeder Nation, die Interessen der Völker zueinander sowie im Verkehre mit meiner Regierung zur Geltung bringen sollen.

So möge unser Vaterland, gestützt durch die Eintracht der Nationen, die es umschließt, als Bund freier Nationen aus den Stürmen des Krieges hervorgehen. Der Segen des Allmächtigen sei über unserer Arbeit, damit das große Friedenswerk, das wir errichten, das Glück aller meiner Völker bedeutet.

### Am Meer und Flotte.

Gleichzeitig wendet sich Kaiser Karl folgendermaßen an Armee und Flotte:

Den Wünschen aller Völker Oesterreichs entsprechend erfolgt ihr Zusammenschluß in nationalen Staaten, vereint in einem Bundesstaate. Wenn hierdurch einerseits Hemmnisse beseitigt werden, die im Zusammenleben der Völker bestanden haben, so soll andererseits das Schaffen zum Wohle des eigenen Volkes und des Vaterlandes künftighin in feiner Bahn offen sein. In diesem bedeutungsvollen Augenblicke wende ich mich an Armee und Flotte. In euren Reihen hat die Treue und die Einigkeit alle Nationen untereinander und mit mir stets unerschütterlich verbunden. Unererschütterlich ist mein Vertrauen, daß der seit altersher und auch jetzt vollbewährte Geist der Treue und Eintracht unverrückbar fortbestehen wird. Ihn wollen wir bewahren, er werde Oesterreichs neuen Staaten das kostbarste Erbe, ihnen und mir zu Ruh und Frommen. Das wolle Gott!

### Über Monarchien.

Der Oesterreichische Bundesstaat soll enthalten: Das Kaiserthum Oesterreich (mit den Deutschen), das Königreich Böhmen, das Königreich Galizien (Ukrainer), das Königreich Ungarn (Südslawische Nationen). Ungarn wird unabhängig.

### Ablehnende Aufnahme des Manifestes.

Nach Meldungen aus Wien findet das kaiserliche Manifest bei den Tschechen, Polen und Ruthenen keine Gegenliebe. Interessant ist, daß das Manifest der Polen, Italiener und Rumänen gar nicht bekannt. Wie in Kreisen der deutschen Abgeordneten verlautet, haben die polnischen Eisenbahnorganisationen in Galizien

bereits die polnische Amtssprache eingeführt. Es wurden sämtliche deutsche Aufschriften weggenommen und durch polnische ersetzt.

Die vorgestern abgehaltene Sitzung des deutschen Volksrates für Böhmen in Lobositz nahm einstimmig eine Entschliessung an, die die Absicht, die deutsch-böhmischen Reichsratsabgeordneten als nationale Versammlung des deutschen Volkes in Böhmen zu konstituieren, begrüßt. Der deutsche Volksrat erwartet den sofortigen Zusammentritt der nationalen Versammlung und sieht als seine erste Aufgabe die Geltendmachung des Selbstbestimmungsrechtes Deutsch-Böhmens durch Anschluß an das Deutsche Reich an. Der Volksrat erklärt, daß alle Vorkehrungen getroffen seien, um einer gewaltsamen Einverleibung Deutsch-Böhmens in den tschechischen Staat mit Gewalt zu begegnen.

### Stürmische Szenen im Ungarischen Parlament.

In der gestrigen Sitzung des Ungarischen Abgeordnetenhauses kam es bei der Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. Wekerle, daß der Kaiser das Rücktrittsgesuch Wekerles nicht angenommen habe, zu stürmischen Szenen, bei denen die Partei des Abg. Kovassy, der sich als Ententefreund bezeichnete und des — inzwischen wohl erledigten — Ministerkandidaten Grafen Karolyi sich besonders hervortat.

### Anklagen gegen Graf Burian.

In der auf heute Freitag anberaumten Sitzung der Oesterreichischen Delegation in Wien beabsichtigte der Führer der Ukrainer, einen Vorstoß gegen den Minister des Auswärtigen, Grafen Burian zu unternehmen, weil dieser einen Geheimvertrag, den Graf Czernin, sein Vorgänger, mit der Ukraine geschlossen hatte und durch welchen der Oesterreichischen Ukraine ihre Selbständigkeit garantiert war, gekündigt hatte. Graf Burians Stellung gilt als gefährdet.

### Zum Anschlag auf Tisza.

Der Verleger des Anschlags gegen den Grafen Tisza über den wir gestern berichteten, gab bei seinem polizeilichen Verhöre an, daß er Johann Lekan Leitner heiße, 42 Jahre alt und Beamter der Futtermittelzentrale sei. Er erklärte ferner, daß er den Anschlag gegen den Grafen Tisza verüben wollte, weil er in ihm ein Hindernis für den Frieden und einen der Urheber der Verlängerung des Krieges erblickte. Im Verlaufe des Verhöres sagte er hinzu, daß er beabsichtigt habe, gegen den Staatssekretär Gimpel bei dessen Budapest Aufenthalt einen Anschlag zu verüben, doch sei dieser vor Ausführung des Versuches abgerufen.

### Kleine politische Meldungen.

Der gestrige Abendbericht der Heeresleitung lautet: Zwischen La Cateau und Dillé hat der Feind erneut auf mehr als 25 Kilometer breiter Front angegriffen. Der mit großen Mitteln angesehene Durchbruchversuch wurde vereitelt. Seine Angriffe sind teils vor unseren Linien gestoppt, teils sind sie vor unseren Artilleriestellungen auf. Im Flanben an der Aise und Maas nur leichte Kämpfe.

Die englischen Verluste. „Newe Bureau“ meldet aus London: Bis zur Stunde haben fast eine Million Briten in dem Kriege ihr Leben lassen müssen.

Eine „Grenzdebatte“ im französischen Senat. Im französischen Senat erregte der Senator Cougda den Senat im Rahmen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten die Abweisung über die vom Feinde (den Deutschen) begangenen Verbrechen an. Er legte aus, daß die Verbrechen gegen das französische Volk seit August 1914 noch schlimmer geworden sei als vorher, und sagte: Ohne irgendeine mittelbare Notwendigkeit hat der Feind die Kirchen, Schiffe, Dörfer und Städte verbrannt und hinter sich die Trümmerwüste gelassen, nachdem er alles geraubt hatte, was zu rauben war. Der Feind hat einzig und allein zerstört, um zu zerstören. Aus Gefangenenbefragungen und beschlagnahmten Schriftstücken geht hervor, daß diese Verbrechen von der deutschen Heeresleitung ins Werk gesetzt wurden. Cougda führte viele Schriftstücke an, die aufgefunden worden seien, und forderte zum Schluß die Annahme folgenden Antrages: Der Senat bekräftigt seine früheren Entschliessungen und ist entschlossen, den durch die alliierten Heere befreiten Bevölkerungen die Wiedergutmachung der durch den Feind verübten Schäden, Verwüstungen und Völkerverbrechen zu sichern. Er billigt den Entschluß der Regierung, dem Feinde die nötigen Warnungen und Schandenerklärungen entgegenzusetzen, und fordert die Regierung auf, sich zu diesem Zwecke weiter mit den verbündeten Regierungen ins Einvernehmen zu setzen und die Untersuchungen fortzuführen, um zu einer Aburteilung der für diese Verbrechen Verantwortlichen zu gelangen, da die Gerechtigkeit die erste Friedensbedingung sein muß. Nach Cougda sprach der Minister des Auswärtigen Michon. Der Senat beschloß einstimmig den sofortigen Anschlag der Erklärungen Michons und Cougdas.

Wegen der Geheimdiplomatie. Marcel Cachin hat in der französischen Kammer einen Antrag eingebracht, in dem verlangt wird, die Kammer möge durch ein feierliches Votum im Einklang mit dem 1. Artikel der Wilsonschen Forderungen erklären, daß künftig keine Geheimverträge mehr abgeschlossen, und daß die Diplomatie immer öffentlich geführt werden.

General v. Francois zur Disposition gestellt. Das Abschiedsgesuch des Generals von Francois ist nunmehr vom Kaiser genehmigt worden. Der verdiente Oberführer ist unter Befehlung des Kaisers zum „Abtini-Elisabeth-Warbo-Grenadier-Regiments Nr. 8“, sowie unter Befehlung des Großherzogs des Roten Adorobens mit Böhmenland und Schwabern mit der tschechischen Division zur Disposition gestellt worden. General v. Francois hat, abgesehen vom besprochenen Abschiedsgesuch, 41 Schlachten, Gefechts und einzelne Kampfhandlungen in führender Stellung mitgemacht. Unter seiner Führung machten die im untersten Truppen allein von Kriegsbeginn bis 26. Juni 1918 insgesamt 168200 Gefangene und erbeuteten 248 Geschütze.

## Von Stadt und Land.

Aue, 18. Oktober.

### Stadtverordnetenversammlung zu Aue

am 17. Oktober.

#### Zeichnung auf die K. Kriegsanleihe.

Anwesend sind 11 Stadtverordnete, am Ratssitz Bürgermeister Hofmann, Stadträte Schubert, Bleichschmidt und Fischer.

Der erste Punkt der Tagesordnung betrifft die Zeichnung zur K. Kriegsanleihe durch die Sparkasse. Bizevorsteher Bär gab dazu die Zeichnungen auf die bis herigen Kriegsanleihen bekannt. Die Sparkasse zeichnete zur I. Kriegsanleihe 223000 Mark, II. 950000 Mark, III. 1100000 Mark, IV. 700000 Mark, V. 750000 Mark, VI. 800000 Mark, VII. 800000 Mark, VIII. 1 Million Mark, zusammen 6800000 Mark. Davon sind 4700000 Mark von den Sparern, der Rest ist von der Sparkasse gezeichnet.

Der Sparkassenausschuß bringt nun vor, daß zur K. Kriegsanleihe bis zu einer Million gezeichnet werden soll, d. h. soweit dieser Betrag nicht von den Sparern gezeichnet wird.

Das Kollegium trat diesem Vorschlage ohne Erörterung bei. Stadtrat Fischer wies darauf hin, daß der Sparkassenausschuß mit der Angelegenheit sich noch gar nicht befaßt habe. Er müsse aber vorher gehört werden. Bizevorsteher Bär richtete an Stadtrat Schubert die Frage, ob der jetzt vom Kollegium bereits gefasste Beschluß rechtsgültig sei. Stadtrat Schubert erwiderte, daß nach den bestehenden Bestimmungen die Zustimmung des Sparkassenausschusses allerdings erforderlich ist. Bizevorsteher Bär erklärte, daß dann jedenfalls die Willensmeinung der Stadtverordneten bereits feststehe.

### Bewilligung der Kosten eines Gutachtens.

Ein Zwickauer Ingenieur hat im Auftrag der Stadt Aue über deren Elektrizitätsleitungen eine zum Zwecke der Uebernahme derselben in städtischen Besitz ein Gutachten erstattet, das insgesamt 3725 Mk. kostete. 1875 Mk. davon sind bereits bezahlt, 1850 Mk. sind noch zu zahlen. Zugleich wird vorgeschlagen, dem Verbands der im Gemeindebesitz befindlichen Elektrizitätswerke Sachsen (Elektroverband), der seinen Mitgliedern allerlei Vorteile durch besseren und billigeren Einkauf, Rabatrückerstattung usw. gewährt, beizutreten. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 25 Mk. für 100000 Kilowattstunden. Der Rat beschloß, die erwähnten 1850 Mk. für das Gutachten nachzubestimmen und dem Verbands beizutreten und ersucht das Kollegium um Zustimmung.

Stadtv. Stahl meinte, daß das Gutachten sehr teuer sei. Es werde jedoch nichts zu machen sein, wenn vorher nichts vereinbart worden ist. Den Beitritt zum Elektro-Verbands könne er nur empfehlen, weil er bessere Einkaufsmöglichkeiten biete. Stadtv. Gerlach schloß sich diesen Ausführungen an.

Bürgermeister Hofmann erklärte, daß die Forderung für das Gutachten keineswegs zu hoch sei. Sie betrage nur 1 Proz. der begutachteten Wertsumme. Wenn man bedenkt, welche hochgeschraubten Forderungen gerade gegenwärtig für Gutachten über viel geringwertigere Objekte gestellt werden und wenn man weiter bedenkt, daß der Gutachter im vorliegenden Falle fast ein Jahr zu tun hatte, so wird man zu dem Schluß kommen, daß die Forderung nicht übertrieben ist. Ein privater Gutachter wäre viel teurer gewesen. Den Beitritt zum Elektro-Verbands empfiehlt Stadtv. Gerlach mit erläuternden Bemerkungen.

Das Kollegium bewilligte darauf sowohl den Betrag von 1850 Mk. für das Gutachten wie den Beitritt zum Elektro-Verbands.

### Städtische Unterstützung an den Arbeiterjugendausschuß.

In Aue besteht ein Arbeiterjugendausschuß, der sich die geistige Fortbildung der Jugend zur Aufgabe gemacht hat. Der Ausschuss veranstaltet wöchentliche Lesabende, bei denen aus Werken unserer großen Dichter gelesen wird, bei denen Vorträge gehalten werden und bei denen auch das Volkslied gepflegt wird. Der Ausschuss hat nun mit Rücksicht u. a. darauf, daß die stetig steigende Besucherzahl der Lesabende eine Lokalveränderung notwendig machte, den Rat um eine Unterstützung gebeten. Dieser beschloß, 100 Mark aus der 300 Mark betragenden Hauspostposition für Vaterländische Jugendpflege zu bewilligen. Bizevorsteher Bär legte dar, daß die Bewilligung aus den Mitteln dieser Position nicht möglich sein werde, da 250 Mk. von diesen 300 Mk. bereits für den Sportplatz am Brunnhag und für Haftpflichtversicherung für die Schulen ausgegeben seien. Man werde daher 100 Mk. nachbewilligen müssen und er schlage zugleich vor, die Position des Hausplans für Jugendpflege für 1919 von 300 auf 400 Mark zu erhöhen.

Bürgermeister Hofmann trat den Ausführungen des Bizevorstehers bei. Stadtv. Gerlach hat, von einer Beschlußfassung über die Erhöhung der Mittel für Jugendpflege im Haushalt für 1919 abzusehen, da man nicht wissen könne, welche erhöhten Anforderungen für die Jugendpflege das kommende Jahr noch bringen werde.

Das Kollegium trat dem Antrage auf dreimalige Nachbewilligung von 100 Mk. für den Jugendpflegeauschuß bei und stimmte im Uebrigen der Anregung des Stadtv. Gerlach zu.

### Ein Dankschreiben.

Bizevorsteher Bär brachte sodann ein Schreiben des Stadtdieners Hiller zur Verlesung, in welchem dieser für die ihm aus Anlaß seines 25jährigen Jubiläums im Dienste der Stadt städtischerseits gewordene Ehrung seinen Dank ausdrückt.

Damit war die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erledigt.

### Die Heberschwemmungen in der Bahnhofstraße.

Stadtv. Stahl brachte dann die in der letzten Zeit sich häufenden Heberschwemmungen, die durch den Vuertritt des Währungsabens der Geknerischen Fabrik in der Bahnhofstraße auf dem Grundstück des Baumeisters Bochmann verursacht werden und die die Interessen der Stadt schädigen, zur Sprache. Er — Redner — beobachte die Heberschwemmungen schon seit 1/2 Jahren und er frage, ob denn Baumeister Bochmann noch seine Vorhaltungen gemacht worden seien und ob gegen ihn nicht mit Strafbestimmungen vorgegangen werden könne.

Stadtrat Schubert erklärte, das Wasseramt habe die Sache bereits in die Hand genommen. Die Schuld liegt weniger an der Firma Bochmann als vielmehr an der Firma Wolke bei der das Wasser sich stauet, das dann der Bochmann abdeckt. Die Sache sei nicht erst 1/2, sondern schon 2 Jahre alt. Man müsse mit einer zwangsläufigen Beseitigung bei Wolke vorgehen.